

Kleine Anfrage 3998

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Unrechtmäßige Wasser- und Abwassergebühren

Seit Jahren hat Familie K. Probleme mit dem für ihren Wohnsitz Finowfurt zuständigen Ver- und Entsorger ZWA Eberswalde. Dieser will von ihnen Gebühren haben für Leistungen, die er gar nicht erbringt. Familie K. bezieht seit 2012 kein Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz mehr, sondern versorgt sich aus einem eigenen Brunnen. Es gibt keine Verbindung mehr zwischen öffentlichem Trinkwassernetz und Ks Hausinstallation, also keinen Grund, Grundgebühren zu verlangen.

Ks sind auch keine „Abwasserkunden“. Sie betreiben eine eigene Sammelgrube, die sie regelmäßig von einem privaten, zertifizierten Entsorgungsbetrieb entleeren lassen - nicht vom ZWA oder einem Auftragnehmer des ZWA. Trotzdem fordert der ZWA immer wieder Gebühren. Bisher haben sich Ks konsequent gegen die Zahlungsforderungen gewehrt. Auch Pfändungsversuche seitens des ZWA waren erfolglos. Jetzt versucht der ZWA, sich seine Forderungen ins Grundbuch der Ks eintragen zu lassen.

Weiterhin haben die Bürger in der Straße bei Familie K. zu DDR-Zeiten Wasser- und Abwasserleitungen auf eigene Kosten (Material und Leistung) nicht im öffentlichen Straßenraum, sondern auf ihren Privatgrundstücken für die Allgemeinheit verlegt. Der Status dieser Leitungen ist ungeklärt und eine Grunddienstbarkeit besteht nicht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher gesetzlichen Grundlage ist es einem Aufgabenträger (hier ZWA) gestattet, Grundgebühren z.B. für Trinkwasser zu fordern und sogar zwangsweise einzutreiben, obwohl bereits seit Jahren kein Trinkwasser geliefert wird, ja wegen fehlender Verbindung zum Hausnetz die Entnahme von Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz auch gar nicht möglich ist?
2. Auf welcher gesetzlichen Grundlage ist es einem Aufgabenträger gestattet, Grundgebühren für eine abflusslose Sammelgrube im Eigentum des Betreibers bzw. Grundstückseigners zu fordern und sogar zwangsweise einzutreiben, obwohl er keinen Entsorgungsauftrag hat und auch keine Leistung erbringt, einfach weil die Entsorgung durch einen anderen zugelassenen Entsorger erfolgt?

3. Auf welcher gesetzlichen Grundlage ist es einem Aufgabenträger gestattet, zu Lasten des Grundstückseigners in dessen Grundbuch eine Zwangssicherungshypothek eintragen zu lassen, wohlgemerkt ohne Nachweis der Rechtmäßigkeit der Forderung und ohne entsprechenden Gerichtsbeschluss?
4. Ist es zulässig, dass ein Aufgabenträger seit Jahren Ver- und Entsorgungsleitungen, die sich in Privatbesitz befinden und auf privatem Grund und Boden verlaufen, nutzt und sich gleichzeitig weigert, den privaten Leitungseignern dafür die gesetzlich vorgeschriebenen Gebühren zu zahlen?